



GAGERES/ARCHIVOLIT/DAF

USA

Unter Tränen

Noch heute besteht Dick Cheney, Vizepräsident unter George W. Bush, darauf, dass er in der Frage des Irak-Kriegs richtigegelegen habe. In seiner vorige Woche erschienenen Autobiografie „In My Time“ führt er dazu selbst engste Mitarbeiter aus der Bush-Administration vor. So erzählt er, die damalige Sicherheitsberaterin und spätere Außenministerin Condoleezza Rice habe ihm unter Tränen darin zugestimmt, dass sich die Regierung nicht für Bushs Rede an die Nation 2003 entschuldigen müsse. Bush hatte in dieser Rede behauptet, der Irak habe versucht, sich Uran für Massenvernichtungswaffen zu beschaffen, was sich als falsch herausstellte. Rice räumt

zwar ein, dass sie Cheney damals beipflichtet habe, doch sagt sie: „Ich kann mich nicht erinnern, dass ich in den ganzen acht Jahren einmal mit Tränen in den Augen zum Vizepräsidenten gekommen bin.“ Hart geht Cheney auch mit dem ehemaligen Außenminister Colin Powell ins Gericht, der dem Irak-Krieg skeptisch gegenüberstand: „Powell sprach lieber über Umfrageergebnisse, als militärische Optionen zu empfehlen“, schreibt Cheney. Aus dem Kreis der ausländischen Regierungschefs hebt Cheney den damaligen britischen Premierminister Tony Blair heraus, der Großbritannien zum wichtigsten Partner der USA machte. Die führenden Kriegsgegner dagegen, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Präsident Jacques Chirac, erwähnt Cheney in seinem Buch mit keinem Wort.

Staaten seit Jahren boomt. Gymnasiallehrer verdienen oft nicht mehr als Taxifahrer oder Verkäufer. Inzwischen fehlen Ingenieure und Facharbeiter, Lateinamerika fällt im Vergleich zu den Schwellenländern Asiens bei der Ausbildung immer weiter zurück. Die Mittelschicht sieht sich in ihrer Existenz bedroht. In Brasilien fordern die Studenten jetzt, dass mindestens zehn Prozent des Bruttosozialprodukts in das Bildungssystem investiert werden. Auch Einnahmen aus zukünftigen Ölexporten sollen in die Bildung gesteckt werden.

Die wahren Massenvernichtungswaffen

Die Rebellen in Libyen haben bei Gaddafis Soldaten deutsche G36-Sturmgewehre gefunden. Wie die Waffen in deren Hände gelangten, ist noch unklar, denn der Handel ist extrem schwer zu kontrollieren.

Bis zu 800 Millionen Gewehre und Pistolen sind weltweit im Umlauf. Durch Kleinwaffen kommen 95 Prozent aller Kriegstote ums Leben.

Geschätzte Gesamtzahl produzierter Gewehre

Quelle: Michael Ashkenazi, Internationales Konversionszentrum Bonn

Kalashnikow

100 Millionen

G3

15 Millionen

Uzi

10 Millionen

M16

8 Millionen

G36

400 000



DER SPIEGEL

UKRAINE

„Frecher Verbrecher“

So schnell kann man in Moskau in Ungnade fallen: Der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch, der bei Amtsantritt im Februar vorigen Jahres Kiews Wiederannäherung an Russland als wichtigstes Ziel ausrief, besitzt im Kreml keine Freunde mehr. Janukowitsch lasse es zu, dass „sich vor unser aller Augen die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechtern“, giftete der vom russischen Staat kontrollierte Sender ORT vorige Woche. Ukrainische Medien sehen darin den Beginn eines „Informationskrieges“ gegen Kiew. Die Russen ärgert vor allem, dass sich die Ukraine nicht der Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan an-

schließen will, sondern stattdessen ein Freihandelsabkommen mit der EU vorantreibt. Der größte Streit dreht sich aber wieder mal ums Gas: Kiew will die Verträge mit Russland aufkündigen, wenn Moskau bis zum Beginn der Heizsaison die Lieferpreise nicht



ALEXEY DRUZHININ / AFP

Timoschenko, Putin in Moskau 2009

senkt. Die Ukraine droht sogar, vor das Internationale Schiedsgericht in Stockholm zu ziehen, um die Abkommen überprüft zu lassen. Der früheren ukrainischen Ministerpräsidentin Julija Timoschenko kommt der Clinch gerade recht. Janukowitsch hatte sie verhaften und vor Gericht stellen lassen, weil sie 2009 mit Russlands Premier Wladimir Putin die jetzigen Gaspreise ausgehandelt und dabei angeblich ihre Kompetenzen überschritten habe. Timoschenko fühlt sich jedoch politisch verfolgt – und spürt nun Rückenwind aus Moskau. Entsprechend selbstbewusst tritt sie inzwischen vor Gericht auf: Letzten Donnerstag beschimpfte sie den 31-jährigen Richter als „zynischen und frechen Verbrecher“, der sich an einer Verschwörung beteilige, die Akten fälsche und deswegen selbst ins Gefängnis gehöre.